

Ministerin Stewens unterstützt Forderungen der PTK Bayern

Am 28. Mai traf sich das Präsidium der PTK Bayern (Dr. Nikolaus Melcop, Peter Lehndorfer und Dr. Bruno Waldvogel) mit der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Sozialministerin in Bayern, Christa Stewens, im Bayerischen Landtag, um Fragen der aktuellen und zukünftigen Gesundheitspolitik zu besprechen. Die Ministerin sicherte bei dem Treffen ihre Unterstützung für verschiedene Anliegen der bayerischen Psychotherapeut/innen zu.

So betonte Ministerin Stewens die Bedeutung einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Versorgung auf dem Gebiet der Psychotherapie. Mögliche Entwicklungen in Folge der veränderten Voraussetzungen durch das Wettbewerbsstärkungsgesetz, die z.B. über Selektivverträge zu Einschränkungen der psychotherapeutischen Versorgungsqualität insgesamt führen könnten, lehnt sie klar ab.

Sie bestätigte in dem Gespräch auch die Bedeutung des besonderen Verhältnisses zu den Patientinnen und Patienten insbesondere im Bereich der Psychotherapie und unterstützt deshalb unseren Einsatz zum Erhalt des Erstzugangsrechtes zu/r/m Psychologischen Psychotherapeut/in/en bzw. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut/in/en in der ambulanten Versorgung. Die freie Wahl des Psychotherapeuten müsse nach Ihrer Einschätzung unbedingt weiterhin erhalten bleiben.

Ministerin Stewens wurde die „Repräsentative Erhebung der psychotherapeutischen Angebote für Kinder und Jugendliche in Bayern“ übergeben, die die PTK Bayern Anfang 2008 veröffentlichte. In diesem Zusammenhang wurde auf den Kabinettsentwurf der Bundesregierung für eine Mindestquote für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie hingewiesen. Ministerin Stewens machte deutlich, dass eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern notwendig sei. Das Anliegen, die Mindestquote anzuheben wird daher von Ministerin Stewens unterstützt.

In Bezug auf die Vergütung niedergelassener Psychotherapeut/innen und die anstehende Neuordnung des Honorarsystems in der ambulanten Versorgung im System der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sicherte die Ministerin zu, die Frage der Sicherung einer angemessenen Vergütung für psychotherapeutische Leistungen gegenüber den zuständigen Vertretern der Gremien auf Bundesebene offensiv anzusprechen.

Weiterhin wurden Fragen der Integration psychotherapeutischer Angebote im stationären Bereich und in Beratungsstellen angesprochen. Hierzu machten die Vertreter der PTK Bayern folgende Punkte deutlich: die Notwendigkeit einer angemessenen Bezahlung von

Psychotherapeut/innen in Ausbildung, die Sicherung der bestehenden Planstellen für angestellte Psychotherapeut/innen mit angemessener Bezahlung und die Notwendigkeit des Einbezugs der PTK Bayern in die Krankenhausplanung. Es wurde auch der drohende Nachwuchsmangel aufgrund der fehlenden Studienplatzkapazitäten Klinische Psychologie im Masterstudium angesprochen. Die Ministerin sicherte auch in diesen Punkten erneut zu, sich hier im Sinne der Psychotherapeut/innen einzusetzen.

